

Die bessere Nachhaltigkeitsstrategie für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg aus Sicht des BUND:

> Zukunftsfähige Energiepolitik:

Baden-Württemberg steigt aus der Atomkraft aus und verhindert den überflüssigen Neubau großer, ineffizienter Kohlekraftwerke. Der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien wird ebenso gefördert wie effektive Maßnahmen zur Energieeinsparung und effizienteren Energienutzung. Der Anteil der erneuerbaren Energien wird bis 2020 auf mindestens 25 % für Strom und mindestens 20 % für Wärmezeugung gesteigert. Der damit einhergehende Strukturwandel der Energiewirtschaft hin zu dezentralen Nutzungsstrukturen hat zugleich viele positive Klimaschutzeffekte. Die energiebedingten CO₂-Emissionen können bis 2020 um mindestens 20 % im Vergleich zu 2005 gesenkt werden.

> Zukunftsfähige Verkehrspolitik

muss intelligent gestaltet sein und Strategien zur Vermeidung und Verlagerung von Auto- und Lastwagenverkehr ebenso enthalten wie (technische) Verbesserungen am Fahrzeug. Aufgrund der konsequenten Umsetzung können die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen um etwa ein Viertel reduziert werden. Hierzu notwendig sind beispielsweise neue Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel, landesweit verbindliche Tempolimits, Bewusstseinsbildung und Anreize für ein verändertes Verbraucherverhalten.

Herausgeber:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
Paulinenstraße 47
70178 Stuttgart

Telefon: 0711/ 620306-0
Telefax: 0711/ 620306-77
Email: bund.bawue@bund.net
Internet: www.bund-bawue.de

Die Landesregierung setzt statt Stuttgart 21 auf den Kopfbahnhof 21 inkl. der neuen ICE-Trasse nach Ulm. Die eingesparten 1,6 Milliarden Euro werden in innovative (Verkehrs- und Infrastruktur-) Projekte investiert.

> Zukunftsfähige Landwirtschaftspolitik:

Die Landwirte produzieren Qualitätsprodukte ohne Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen. Baden-Württemberg macht die gentechnikfreie Produktion auf 100 % der Fläche zu einem Markenzeichen. Zudem fördert das Land die multifunktionale Landwirtschaft, die gesunde Lebensmittel produziert, die Artenvielfalt erhält, wertvolle Lebensräume und damit die Kulturlandschaft bewahrt.

> Zukunftsfähige Naturschutzpolitik

kümmert sich um den Artenschutz und erhält natürliche Lebensräume. Dazu werden Naturschutzgebiete, Fauna-Flora-Habitat- und Vogelschutzgebiete sowie Biotop verbindende Maßnahmen ausgewiesen und großräumige Lebensraumkorridore eingerichtet. Für diese Maßnahmen wird ein Viertel der Landesfläche reserviert. Der Vertragsnaturschutz wird als wichtige ergänzende Komponente gefördert.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



„Nachhaltig Wirtschaften“ – aber richtig

Der Hirsch und das Fabeltier Greif bewachen im Großen Landeswappen symbolisch das Land Baden-Württemberg und seine Verfassung. Im Wappen für ein „Nachhaltiges Baden-Württemberg“ wachen sie über nachhaltiges Wirtschaften und nachhaltige Politik in unserem Bundesland. Diese Wachsamkeit ist dringend erforderlich. Ministerpräsident Oettinger und sein Kabinett stehen auch im zweiten Jahr der so genannten Nachhaltigkeitsstrategie für eine Politik, die in erster Linie ökonomische Interessen bedient.

Genau das Gegenteil ist jedoch erforderlich: Nachhaltige Politik muss die ökologischen und sozialen Grenzen anerkennen und sich innerhalb dieser bewegen. Das ist zukunftsfähige und echte Nachhaltigkeit. Hirsch und Greif sind im Nachhaltigkeitswappen Wächter und Hüter einer richtigen Definition

> Für ein Baden-Württemberg mit Zukunft

von Nachhaltigkeit: Ein Wirtschaften und eine Politik, bei der den ökologischen und sozialen Belangen Vorrang vor den ökonomischen Belangen eingeräumt wird.

Diese richtige Definition von Nachhaltigkeit widerspricht derjenigen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, weil dort die ökonomischen, sozialen und ökologischen Dimensionen als gleichrangig angesehen werden. Damit Politik und Ökonomie in Baden-Württemberg nachhaltig werden, müssen sie sich innerhalb der ökologischen und sozialen Leitplanken bewegen. Das ist bisher meist nicht der Fall – weder in Zielen und Projekten der **Nachhaltigkeitsstrategie**, noch in politischen Entscheidungen der **Landespolitik**.

Die **Nachhaltigkeitsstrategie** des Landes will „Gentechnik sicher anwenden“ und strebt damit einen gesellschaftlichen Konsens an. Ökologische und soziale Risiken (Gesundheit) werden hierbei bewusst in Kauf genommen. Weil ökonomische Interessen bei diesem Ziel offensichtlich im Vordergrund stehen, illustriert es, wie weit entfernt die Nachhaltigkeitsstrategie vom Nachhaltigkeitsverständnis des BUND und vieler anderer gesellschaftlichen Gruppen ist.

Die **Landespolitik** hat auch im zweiten Jahr der Nachhaltigkeitsstrategie an zahllosen Stellen nicht nachhaltig gehandelt.

> Beispiele für nicht nachhaltiges Handeln der Landesregierung:

> **Novellierung des Landesplanungsgesetzes: Keine Impulse zur Reduzierung des Flächenverbrauchs**

An markigen Worten („Nettonull“ in der Koalitionsvereinbarung) mangelt es der Landesregierung nicht, wenn es um den sparsamen Umgang mit Grund und Boden geht; sie fördert auch Modellvorhaben in den Gemeinden und gibt Empfehlungen ab. Aber wenn es um Gesetzesvorlagen geht, scheut die Landesregierung klare Positionen: Sie schreibt den Regionen weder vor in welchem Maß der Flächenverbrauch sinken muss, noch fordert sie einen Nachweis für den

Bedarf neuer Baugebiete. Beides wurde mit den Stimmen der Koalition bei der Novelle des Landesplanungsgesetzes verhindert. Nachhaltiges Flächenmanagement sieht anders aus.

> **Keine neuen Chancen für die Windenergie**

Bei der Windenergie wird mit der Neufassung des Landesplanungsgesetzes eine Chance vertan: Die landesplanerischen Vorgaben zum Bau von Windrädern bleiben unverändert restriktiv und blockieren die Förderung und den Ausbau erneuerbarer Energien im Land. Peinliches Ergebnis: In Baden-Württemberg werden 2008 nur neun neue Windkraftanlagen gebaut.

> **Atomausstieg vor dem „Rollback“**

Juli 2008: Ministerpräsident Günther Oettinger fordert den Ausstieg vom bereits beschlossenen Atomausstieg. Damit widerspricht er sich selbst: Er preist Baden-Württemberg als Hochtechnologie-land, hält aber zugleich an der Dinosaurier-technologie Atomkraft fest. Durch das Klammern an die Risikotechnologie verhindert er den Aufbau einer zukunftsfähigen und klimafreundlichen Energieversorgung. Die Energieversorger werden nur dann in neue Technologien und Energien investieren, wenn es sich für Unternehmen wirtschaftlich lohnt. Und was wäre zum jetzigen Zeitpunkt lohnender als über die abgeschriebenen Atomkraftwerke Milliarden Gewinne einzufahren, ohne dabei auch noch die volle Last der Entsorgung des Atommülls und Risiken tragen zu müssen. Also nicht nachhaltig, sondern kurzsichtig.

> **Keine Visionen für nachhaltige Energieversorgung**

April 2008: Die Landesregierung präsentiert ihr „Energiekonzept 2020“: Statt zukunftsweisende Visionen für eine nachhaltige Entwicklung zu entwickeln, beharrt das Konzept auf bestehenden Strukturen. Die Ziele bleiben zum Teil so-

gar hinter den Vorgaben der Bundesregierung zurück. So soll die Energieproduktivität nur um 2 % gesteigert werden, der CO₂-intensive Verkehrsbereich wird sogar vollständig ignoriert. Wirkungsvoller Klimaschutz sieht anders aus.

> **Konjunkturpakete des Landes: Straßen und Wege statt ÖPNV und Naturschutz**

Wer sich von den Konjunkturpaketen eine ökologisch orientierte Neuausrichtung der Landespolitik erhoffte, wird enttäuscht: Für die Erhaltung und Verbesserung des Landesstraßennetzes sind 70 Mio. Euro vorgesehen. Der öffentliche Verkehr hingegen wird kaum gefördert – bescheidene 15 Mio. Euro stehen für die Förderung neuer Linienbussen bereit. Damit ist der schienengebundene Nahverkehr von den Konjunkturpaketen ausgeschlossen. Das ist paradox, klimafeindlich und überhaupt nicht nachhaltig.

Auch zaubert die Landesregierung schnell 5 Mio. Euro für neue asphaltierte und geschnittene Feldwege aus dem Hut, während Dutzende von notwendigen und arbeitsmarktrelevanten Konzepten zur Vernetzung kommunaler Biotop (Ziel des Landes: 10 % der Landesfläche) wegen fehlender Landesförderung in Schubladen verstauben. Grund: Wenige Wochen zuvor wurden die Mittel für Landschaftspflege im Landeshaushalt um 3 Mio. Euro gekürzt, die nun in der Landschaftspflege und Naturschutz-Arbeit fehlen. Wenig nachhaltiges Fazit: Das Land hat Geld für Bitumen, aber kein Geld für Blumen und Schmetterlinge.

> **Landesregierung für Stuttgart 21 – verantwortungslose Verschwendung von Steuergeldern**

Die Landesregierung setzt weiterhin um jeden Preis auf ihr Prestigeprojekt Stuttgart 21. Im Sommer 2008 legt der BUND sein Gutachten zur

Entwicklung der Baukosten vor und prognostiziert eine Explosion der Baukosten auf mindestens 6,9 Mrd. Euro; im Herbst 2008 bestätigt der Bundesrechnungshof, dass der Tiefbahnhof über 5 Mrd. Euro kosten wird. Doch die Landesregierung zeigt sich von allen Gutachten unbeeindruckt und verweigert bis heute eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Studien. Offensichtlich soll das Motto „Augen zu und durch“ eine nachhaltige Haushaltsführung ersetzen.

> **Schienen-Nahverkehr auf dem Abstellgleis**

2007 werden die Regionalisierungsmittel gekürzt: Zahlreiche Nahverkehrszüge werden gestrichen, in den Fahrplänen klaffen empfindliche Lücken. Für optimale Fahrpläne sind 12,6 Mio. Euro an Landesmitteln nötig. Aber die Landesregierung weigert sich bis heute die fehlenden Mittel auszugleichen. Die Fahrgäste haben das Nachsehen.

> **Keine Biodiversität in der Landwirtschaft**

Die Landesregierung entscheidet sich gegen die von der EU-Kommission vorgesehene Umschichtung landwirtschaftlicher Zahlungen, die der Biodiversität und dem Klimaschutz zugute gekommen wären. Sie spricht sich gegen Abschlüsse für Großbauern aus und will den Rest der Mittel für Stallbauten einsetzen, statt damit das extensive Grünland zu erhalten. Davon profitieren nur die Großen, die Kleinen gehen leer aus!

> **Der BUND zeigt der Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung weiter die rote Karte!**

Eine Nachhaltigkeitsstrategie mit harmlosen Projekten und einem Nachhaltigkeitskongress 2009, der die Diskussion über diese Projekte scheut. Dazu ein falsches Verständnis von Nachhaltigkeit und vor allem unzählige kurzsichtige, falsche und keinesfalls nachhaltige Entscheidungen der Landesregierung – das sind die zentralen Gründe des BUND, sich der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes auch weiter zu verweigern!